

Politische Stimmung der Studenten verschärft

Die Aktion breiter Kreise der Studenten in Westberlin und in zunehmendem Maße auch in Westdeutschland gegen die Reaktionen im eigenen Lande und die Verbrechen des Weltimperialismus läßt die Frage aufkommen, wie reagieren die Studenten anderer imperialistischer Länder auf die brennenden Probleme unserer Zeit, gewinnen progressive Gruppen auch andersorts an Einfluß?

Aus dem Brief eines amerikanischen Hochschullehrers können wir einiges zur Situation und Haltung der Studenten in den USA zitieren, Studenten James Staines also, der wegen seiner verbrecherischen und reaktionären Haltung von der ganzen fortschrittlichen Menschheit angeklagt wird:

Die politische Stimmung unter den Studenten hat sich seit dem Sommer sehr verschärft. Im allgemeinen hat sich ein größerer Teil der öffentlichen Meinung, was auch die Meinungsforschungsberichte (Gallup Poll, usw.) betonen, gegen den Krieg in Vietnam gewandt. An verschiedenen Universitäten ist es zu schweren Zusammenstößen gekommen, als Studenten Beamten der Dow Chemical Corporation, der CIA oder der Streitkräfte den Weg versperrten, die an den Universitäten um Angestellte, beziehungsweise Freiwillige, warben. An unserer Universität hat die Verwaltung den Besuch der CIA und der Dow Chemical verweigert, weil man Unruhen befürchtete. Die CIA hat inzwischen abgesagt; Dow Chemical hat aber vor zu kommen.

Es bestehen Ähnlichkeiten zwischen der Lage unter den hiesigen Studenten und der Westberliner Bewegung. Die Studenten stehen der amerikanischen Jugendgesellschaft, Wirtschaft und Außenpolitik sehr feindselig gegenüber, sind aber nur in wenigen Fällen Marxisten. Die Studentenorganisationen, wie z. B. die S. D. S. (Students for a Democratic Society), haben meist kein positives Programm. Vieles erinnert an den Anarchismus der Jahrhundertwende.

Die meisten Studenten sind noch verhältnismäßig apolitisch, aber die Studentenbewegungen haben eine noch viel breitere Basis als vor zwei, drei Jahren und die rechtsstehenden Studentenbewegungen sind bedeutungslos geworden. Meine Frau und ich sind dabei beschäftigt, eine Kriegsdienstberatungsstelle in Buffalo zu gründen, die Jugendlichen Auskunft über die Möglichkeiten der legalen Kriegsdienstverweigerung geben wird und wenn nötig Anwälte zur Verfügung stellen wird.

Auch in der USA wenden sich also immer breitere Kreise der akademischen Jugend politischen und hochschulpolitischen Fragen zu. Über die Förderung nach Mitbestimmung in Angelegenheiten des Bildungswesens geht bereits ein ganzer Teil der amerikanischen Studentenschaft

zum bewußten politischen Engagement über, nimmt teil an Aktionen gegen den verbrecherischen Krieg der Johnson-Regierung in Vietnam und gegen den Rassen Terror im Lande. In einem Bericht über studentische Aktionen heißt es im Westberliner Tagesspiegel: „In den Augen protestierender Studenten konzentriert sich in diesem Krieg alles, was falsch, überholt, heuchlerisch, sinnlos und grausam geworden scheint: ein Kampf für eine Demokratie, die nicht vorhanden ist und dem Land fremd zu sein scheint; das proklamierte Ziel einer besseren Gesellschaft, die in den eigenen Städten nicht erreicht ist und nicht versprochen werden kann; die Verursachung von vielen Milliarden Dollar für die Vorbereitung von Tod in einer fernen gelben Bevölkerung, während für das Leben der farbigen Bevölkerung in den eigenen Städten ein kleiner Bruchteil davon verfügbar gemacht wird.“

Wie aus dem Brief des amerikanischen Wissenschaftlers hervorgeht, versuchen Vertreter des Kapitalismus, die Spionageorganisation CIA Studenten anzuwerben für ihre schmutzigen Geschäfte. Als daraufhin die Studenten

gegen diese Absichten demonstrierten, setzte die Polizei chemische Mittel, die für den Einsatz gegen Demonstrationen entwickelt wurden, gegen die Studenten ein (siehe unser Bild). Mit ähnlichen Marchschaften wie in Westberlin versucht man den protestierenden Studenten beizukommen. Studenten juristischer Fakultäten von 20 USA-Universitäten verurteilen in einem offenen Brief an Johnson den USA-Aggressionskrieg in Vietnam. „Wir verurteilen die amerikanische Politik der Anwendung militärischer Gewalt bei der Lösung sozialer und politischer Probleme“, heißt es in dem Brief. „Wir wenden uns gegen den Krieg in Vietnam und erklären, daß wir uns weigern, in der Armee zu dienen, wenn man versucht, uns nach Vietnam zu schicken.“ Mit erpresserischen Methoden versucht der Chef der Rekrutierungsbehörde der USA-Armee, General Hershby, der wachsenden Proteste hervorzubringen. Er forderte, alle zeitweilig vom Militärdienst zurückgestellten Wehrpflichtigen sofort einzustellen, wenn sie sich an Demonstrationen gegen die Vietnamaggression beteiligen. Alle 4088 Rekrutierungsbüros des Landes erhielten bereits eine entsprechende „Empfehlung“.



Chemische Mittel setzte die Polizei gegen amerikanische Studenten ein, als diese ein Gebäude der Universität von Iowa City belagerten.



Prot. Riemeck: Für „Anerkennungspartei“

„Für die Entspannung in Europa ist die Anerkennung der DDR als souveräner zweiter deutscher Staat notwendig“, unterstrich Frau Prof. Dr. Renate Riemeck, Mitglied des Direktoriums der DFU, in der Düsseldorfer „Deutschen Volkszeitung“. Als Hauptaufgabe für alle demokratischen Kräfte Westdeutschlands 1968 nannte sie: Stärkung der „Anerkennungspartei“.

Unser Bild zeigt Westberliner Studenten, die am Nachmittag des 16. Dezember gemeinsam mit Arbeitern in der Westberliner Innenstadt für die Anerkennung der DDR auftraten und mit Tausenden Westberlinern trotz strömenden Regens diskutierten. Viele hatten Schilder mitgebracht, auf denen u. a. noch zu lesen war: „Lieber heute als morgen Anerkennung der DDR“, „Schluß mit dem Alleinvertragsanspruch - DDR anerkennen“.

In einem Flugblatt der um den „Republikanischen Club“ organisierten außerparlamentarischen Opposition heißt es zu der oft vorgebrachten Parole, eine Anerkennung würde den Rats Westberlins bedeuten: „Westberlin könnte dadurch eine bedeutsame Funktion für das vernünftige Nebeneinanderleben der Deutschen übernehmen.“

Im Duett

Schützenhilfe wird dem Westberliner Bürgermeister Schütz bei seinen Ausfällen und Beschimpfungen gegen die demonstrierenden Studenten erwartungsgemäß von solchen im Kampf gegen den Kommunismus „gesichert“. Experten wie Ernst Lemmer gewöhnt. Beide wettren jetzt im Duett gegen jene Studenten, die für eine Politik der Realitäten eintreten, die die Anerkennung der DDR fordern, die gegen die verbrecherische USA-Aggression in Vietnam zu Felde ziehen und die mit der senilen, überlebten Politik des Westberliner Senats nicht mehr einverstanden sind.

In einer schriftlichen Anfrage an den Senat wundert sich Ostexperte Lemmer, „warum trotz wiederholter Feststellungen in den amtlichen Polizeiberichten von Festnahmen wegen Landfriedensbruchs dennoch von der Tätigkeit der Strafverfolgungsbehörden so gut wie nichts bekannt wird“. Außerdem meint Herr Lemmer, „daß die erneuten Angriffe demonstrierender Rowdys auf das Gebäude einer unserer Schutzmächtige Anlaß zu politischen Besorgnissen sein könnte.“ Um Schützens Politik indes brauche er sich keine Sorgen machen, der setzt auch weiterhin die zwar gefährlichen, aber antaughen Versuche fort, dem objektiven Gang der Dinge Einhalt zu gebieten. Seine Reaktion: „Ihnen (den Studenten) wird spurlos auf die Finger geklopft werden.“

Schnüffler am Werk

Die alten Kräfte bedienen sich altpädagogischer Methoden. Wie zu Himmels Zeiten versuchen die herrschenden Machtgruppen, unliebsame, weil nicht ins neonazistische Konzept passende Kräfte durch Spitzeln und Demütigung aufzubrechen. Nachdem die Versuche des Verfassungsschutzes, unter den Studenten Freunde seines schmutzigen Gewerbes zu finden, sich mittlerweile zu einem handfesten Skandal ausgeweitet haben, scheut Innenminister Lücke nicht davor zurück, die Bespitzelung des SDS als „rechtmäßig“ hinzustellen. Aus einer Informationsschrift des Innenministeriums geht hervor, daß die Aktion des Verfassungsschutzes gegen alle demokratischen Kräfte Westdeutschlands gerichtet ist.

Gegen die Diffamierung des SDS durch das Lücke-Ministerium wendeten sich die vier bekannten Professoren Ulrich Klug, Eugen Kogon, Helmut Ridder und Ralf Dahrendorf. Sie sprechen dem Innenministerium das Recht ab, ein Urteil über die Verfassungsmäßigkeit der Studentenorganisation zu fällen. Das sei allein Sache des Bundesverfassungsgerichts. Im Gegensatz zur Meinung Lückes ist der Kölner Strafrechtler Prof. Klug der Ansicht, daß der SDS gerade für die Verwirklichung des Grundgesetzes ist. Der Einsatz von Spitzeln zur Nachrichtensammlung verstoße gegen elementare rechtsstaatliche Prinzipien.

Eine Million beim Wettstreit

Vom 8. bis 15. Dezember 1967 weite eine Delegation von 10 Studenten aus der Deutschen Demokratischen Republik, darunter zwei Absolventen der Karl-Marx-Universität Leipzig, die sich mit ihren Arbeiten am Allunionswettbewerb der sowjetischen Studenten zu Ehren des 50. Jahrestages der Oktoberrevolution beteiligten. In der Sowjetunion insgesamt wurden aus unserer Republik 31 Arbeiten zu diesem Wettbewerb, der Problemen der Gesellschaftswissenschaften, der Geschichte des Kosmos und der internationalen Jugendbewegung gewidmet war, eingereicht.

Dieser Wettbewerb fand in drei Etappen statt. Die erste Etappe wurde an den einzelnen Universitäten und Hochschulen durchgeführt. Die Arbeiten der Studenten wurden dort geprüft und, was für uns völlig neu war, vor Arbeiterbrigaden und Kolchovsversammlungen vorgestellt. Damit erhielt der ganze Wettbewerb eine große Fraktionsverbundenheit. Danach folgte der Republikwettbewerb. Von den Ausschüssen der einzelnen Unionsrepubliken wurden dann wiederum die besten Arbeiten zum Allunionswettbewerb weitergeleitet, der mit einer wissenschaftlichen Konferenz in Leningrad beendet wurde. Dort durfte auch unsere Delegation teilnehmen.

An diesem Wettbewerb beteiligten sich rund eine Million sowjetischer Studenten. Dabei muß man berücksichtigen, daß die Arbeiten der sowjetischen Studenten keine Staatsexamens- oder Diplomarbeiten waren, sondern Arbeiten, die nur speziell für diesen Wettbewerb geschrieben worden sind. Die schöpferische Tätigkeit wird unterstützt, indem namhafte Wissenschaftler der Sowjetunion

darunter Nobel- und Leninpreisträger, die Arbeiten der Studenten rezensieren, so daß es für jeden Studenten eine Ehre ist, von dem Akademiemitglied o. ä. eine Bewertung für seine Arbeit zu erhalten. Zum anderen ist der große Erfolg dieses Wettbewerbes auf die Initiative und auf den großen Einfluß des Kosmos zurückzuführen, der zusammen mit dem sowjetischen Hoch- und Fachschulministerium diesen Wettbewerb ausgeschrieben hat.

Der Allunionswettbewerb der sowjetischen Studenten wird 1968 zu Ehren des 150. Geburtstages von Karl Marx, des 50. Jahrestages des Kosmos und des 50. Jahrestages der Sowjetarmee weitergeführt. Zu diesem Wettbewerb werden auch wieder Arbeiten der DDR eingereicht, wie auch sowjetische Studenten ihre Arbeiten zu unserem Wettbewerb zu Ehren des 150. Geburtstages von Karl Marx einreichen werden.

Ein großes Erlebnis war für unsere Delegation, außer den Besuchen der Sehenswürdigkeiten in Leningrad und Moskau, der Empfang beim ZK des Kosmos, bei dem wir mit der ersten Frau im Weltall, Valentina Tereschkova, zusammentrafen. Es war für uns ein großer Augenblick, mit dieser berühmten, aber doch so einfachen Frau zusammen zu sein. Sie berichtete uns über die Weltraumforschung in der Sowjetunion, über die Vorbereitung und die Aufgaben der Kosmonauten und bot uns, allen Studenten unserer Republik ihre Grüße und Wünsche zu überbringen und ihnen in ihrem Namen viel Erfolg in der wissenschaftlichen Arbeit zu wünschen.

Karl-Dieter Wauschuhn

Freundschaftsvertrag Med. Akademie Dresden - Med. Institut Leningrad

Ein zunächst für 5 Jahre gültiger Freundschaftsvertrag ist zwischen der Medizinischen Akademie „Carl Gustav Carus“ Dresden und dem 1. Medizinischen Institut „I. P. Pawlow“ Leningrad unterzeichnet worden. In ihm wurde die wissenschaftliche Zusammenarbeit beider Hochschuleinrichtungen auf medizinischem Gebiet in der Forschung, Erhebung und Ausbildung der Medizinstudenten zu sozialistischen Ärzten festgelegt. Beide Institutionen werden ihre Erfahrungen über den erreichten Stand sowie die Weiterentwicklung der medizinischen Forschung austauschen. Die wissenschaftliche Zusammenarbeit wird sich insbesondere in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit vollziehen. Darüber hinaus unterstützen sich beide Hochschulen durch den Austausch von Dokumenten wie Forschungsangelegenheiten, Disserertationen, Habilitationsschriften, wissenschaftlichen Veröffentlichungen, Lehrbüchern, Lehrplänen u. a. Die Förderung besonders bewährter Medizinstudenten soll vor allem durch Praktikantenplätze während der vorlesungsfreien Zeit ermöglicht werden. Beide Hochschulen werden sich ferner bei der Weiterbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses, insbesondere durch die Erteilung von Themen für die Dissertation unterstützen.

Vertrag VVB Hochseefischerei mit Universität Rostock

Ein Vertrag über die langfristige Zusammenarbeit der VVB Hochseefischerei und der Universität Rostock ist kürzlich in der Ostseestadt unterzeichnet worden. Rektor Prof. Dr. Heidorn wertete die Unterzeichnung als ein bedeutendes Ereignis in der Jahrhundertalten Geschichte der Rostocker Universität, weil in dem Vertrag erstmals die gemeinsame Verantwortung beider Partner für die Ausbildung künftiger Hochschulkader der Hochseefischerei fixiert ist, beiderseits vereinbarte Ziele die Forschungsmöglichkeiten konzentriert komplex ausschöpfen lassen und die systematische Weiterbildung der Kader dieses bedeutsamen Industriezweiges in den Vordergrund gerückt wird. Der Vertrag dient der unmittelbaren Zusammenarbeit der VVB Hochseefischerei mit der Universität Rostock in Lehre und Forschung und der Koordination wichtiger Aufgabenstellungen entsprechend den Perspektivplänen.

Neue Zeitschrift für Probleme der Verwaltungsorganisation

Die erste Ausgabe einer neuen Zeitschrift für Probleme der Verwaltungsorganisation, die unter dem Titel „IVB-Informationen“ vom Leipziger Institut für Verwaltungsorganisationen und Bürotechnik publiziert wird, ist jetzt erschienen. Sie wendet sich vor allem an leitende Funktionäre in Staat und Wirtschaft, an Organisationen, Wissenschaftler und Lehrende sowie an Ingenieure und Techniker. Die neue Zeitschrift kann beim Leipziger Institut abonniert werden. Sie soll mindestens einmal vierteljährlich erscheinen.

Republikanischer Klub in Dortmund gegründet

In Dortmund wurde vergangene Woche ein „Republikanischer Klub“ gegründet. Zum Vorsitzenden wählten die dem Klub angehörenden Redakteure, Schriftsteller, Studenten und Professoren der Sozialakademie und Pädagogischen Hochschule den Schriftsteller Max von der Grün. In München, Köln und Hamburg existieren solche Klubs schon seit längerem. Ihrer Aufgabenstellung nach wollen sie „Instrumente zur Mobilisierung der vorbereiteten Aktion im außerparlamentarischen Raum“ sein. Sie bezeichnen sich außerdem als „Teil der politischen Linken“.

Studentenstadt in der CSSR

Mehr als 1200 Studenten haben die ersten Häuser einer Studentenstadt in der slowakischen Metropole Bratislava bezogen, das nach seiner endgültigen Fertigstellung im Jahre 1975 rund 10 000 Studenten der Komensky-Universität ein Heim bieten wird.

Zwölfjähriger Student

Der jüngste Student in Schweden ist der zwölfjährige Seante Johanson aus Dalararna. Er wurde wegen seiner außerordentlichen Fähigkeiten zum Studium an der Universität Göteborg zugelassen.

UdSSR und Frankreich forschen gemeinsam

Zur Untersuchung der Fischbestände und der Schiffsverkehrsbedingungen im Atlantik sowie im Stillen Ozean werden die UdSSR und Frankreich gemeinsame Meeresforschungen durchführen. Wie auf der am Mittwoch in Moskau eröffneten dritten Tagung der sowjetisch-französischen Kommission für wissenschaftlich-technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mitgeteilt wurde, werden das sowjetische Expeditionsschiff „Nerel“ und die französische Taucherglocke „Precontinent 3“ gemeinsam im Mittelmeer forschen.

Die Kommission stellt weiter fest, daß zwischen beiden Ländern im vergangenen Jahr 250 Delegationen ausgesandt wurden. Besonders erfolgreich hat sich die Zusammenarbeit bei der Erkundung und Ausbeutung von Erdölvorkommen, bei den Problemen der Übertragung von Hochspannungsenergie und der Nutzung von Meeresprodukten entwickelt.